

Karl-Rudolf Korte

Wie bilden sich zukünftig Koalitionen? Antworten aus der politikwissenschaftlichen Theorie

Der zurückliegende Bundestagswahlkampf hatte als zentrales übergreifendes Thema die Koalitionsfrage (vgl. Korte 2009; Korte 2010). Seit 2005 existiert bereits ein asymmetrisches, changierendes Fünfparteiensystem mit neuer Qualität und mit weitreichenden Konsequenzen sowohl für die Regierungsbildung im Bund, als auch in den westdeutschen Ländern (vgl. Niedermayer 2007). Jenseits der Großen Koalition sind entlang der tradierten parteipolitischen Lager keine Bündnisse mehr kalkulierbar mehrheitsfähig. Vielparteien-Parlamente können zwar noch zu Zweierkoalitionen führen, aber weniger verlässlich als zu früheren Zeiten. Sogenannte Lager- oder Traditionskoalitionen werden durch neue Varianten zur Regierungsbildung ersetzt: neue lagerübergreifende Zusammensetzungen (z.B. schwarz-grün), neue Regierungs- bzw. Koalitionstypen (z.B. Große Koalitionen, Dreier-Bündnisse), neue Regierungsformate (z.B. Minderheitsregierungen) (vgl. Decker 2009).

Wer nicht nur rechnerische, sondern belastbare politische Mehrheiten sucht, muss sich zukünftig auf dem Koalitionsmarkt tummeln. Der Parteienwettbewerb hat somit hinsichtlich der Fragmentierung, Segmentierung und Polarisierung vergleichbare europäische Dimensionen angenommen (vgl. Mielke/Eith 2008). Die Parteidemokratie ist seit 2005 in Deutschland im Hinblick auf Koalitionsformate bunter, vielgestaltiger, entlagerter, mobiler und koalitionsöffener geworden. Die Sprache der Spitzenaktuelle spiegelt das allerdings bislang nur rudimentär wider. In alter Rhetorik werden immer noch Lagerpolarisierungen beschworen. Wähler haben eine erkennbare Sehnsucht nach Unter-

scheidbarkeit der Angebote. Auch für Wahlkämpfer ist es einfacher, entlang eines Lagers polarisierend zu mobilisieren. Doch die erwartbare machttaktische Koalitions-Lotterie, bei der alles nach Schließung der Wahllokale politisch möglich sein wird, was arithmetisch zwingend ist, vorflüssigt die Lager-Sehnsucht.

Die Auszehrung und Selbstverzweigung der Volksparteien durch ein Regieren in Großen Koalitionen und einem wachsenden Koalitionsmarkt (vgl. Korte 2008) machen für die Bürger die Entscheidung an der Wahlurne zum Vabanquespiel. Der Stimmzettel wird zum Lotterieschein. Die Wähler wählten im September 2009 erstmals im Bewusstsein dieses Koalitionsmarktes – und im Bewusstsein der bundesweit vermittelten Erfahrungen um Mehrheiten in Hessen. Insofern ringen die Parteien – wesentlich differenzierter als bisher – um Koalitionsaussagen, die ihnen wiederum Spielraum für Regierungsbildungen lassen. Wenn allerdings für den Wähler nicht klar ist, was aus der abgegebenen Stimme folgt, sinkt die Motivation, wählen zu gehen. Insofern sind vor allem die kleineren und mittleren Parteien gut beraten, wenn sie zumindest signalisieren, was sie an multiplen Koalitionsvarianten aus-schließen.

Die strukturierte Vielfalt am Wählermarkt, den wiederum ein komplexer Wählermarkt mit neuen Formeln zur Macht ergänzt, lässt bereits lange vor der kommenden Bundestagswahl von 2013 Spekulationen über potenzielle Regierungsbildungsprozesse zu. Aus den sozialwissenschaftlichen Theorien lassen sich drei Stränge herausarbeiten, die Kategorien und Kriterien einer möglichen Strategiebildung erlauben.

1 Machtwechsel-Strategien

In der Regierungsforschung sind Mechanismen herausgearbeitet, welche die Bedingungen für Machterhalt und Machterosion, für Aufstieg und Fall von Regierungen offen legen (vgl. Korte/Fröhlich 2009). Sieht man sich die Zyklen des Regierens und die Typen des Machtwechsels der Bundesregierung in den letzten 60 Jahren an, dann fällt auf, dass es sich in der Regel um dosierte Machtwechsel handelte. Nur 1998 kam es einmalig zu einem kompletten Machtwechsel; dem Wechsel von zwei Oppositionsparteien (rot-grün) in die Bundesregierung. Ansonsten blieb in der Regel ein Koalitionspartner kontinuierlich verbürgend in der neuen Regierung erhalten. Das gilt sowohl für Große Koalitionen als auch für klassische Traditionskoalitionen. Regierungswechsel kamen in Deutschland häufiger wählerunabhängig durch selbsterneuernde Machtwechsel als durch Bundestagswahlen zustande. Insofern besteht angesichts dieses auf Sicherheit, Stabilität und ‚no change‘ angelegten politischen Kultur eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass auch nach 2013 die Union oder die FDP weiterhin mit zur Folge-Regierung gehören wird. Strategisch besteht insofern die Möglichkeit, wenn man die interessenorientierten Machtszenarien betrachtet, mehrheitsfähig zu werden durch Koalitionsbildung mit den Parteien der bestehenden Regierungsbildung. Nach der Bundestagswahl 2009 sind einmal mehr die sogenannten großen Volksparteien geschwächt worden. Sie existieren derzeit nur noch als Volkspartei-Ruinen. Mehrere mittelgroße Parteien konkurrieren heute auf dem Wähler- und Koalitionsmarkt. Kleinere Parteien können in der Regel die politischen Preise für die Koalition bestimmen. Sie können sogar starken Einfluss darauf nehmen, wer Regierungschef wird. Es ist grundsätzlich auch nicht ausgeschlossen, dass zukünftig der kleinste Koalitionspartner den Kanzler stellt. Machtstrategisch – und das ist bei diesem Theorieansatz

die Quintessenz – gilt für die Opposition das Kalkül, durch eigene Attraktivität Mehrheitsfähigkeit so herzustellen. Dies kann in der Regel nur gelingen, wenn man sich auf einen Koalitionskurs mit einer Partei des bestehenden Regierungslagers vorbereitet.

2 Lern-Strategien

Die lerntheoretischen Ansätze stellen nicht Macht und Interesse ins Zentrum, sondern Deutungen und Ideen (vgl. Bandelow 2009; Nullmeier 2003). Lernerfolge waren auch bei der zurückliegenden Bundestagswahl zu beobachten. Vielfältige Paradoxien begleiteten die Wahl, scheinbare oder tatsächliche unlösbare Widersprüche, die mit dem Format der Großen Koalition zusammenhängen (vgl. Korte 2009; 2010). Wenn zum Beispiel das Hauptmotiv von Wählern häufig darin besteht, eine Regierung abzuwählen oder zumindest politische Macht neu zu verteilen, dann war dies in 2009 schwer realisierbar. Denn die Große Koalition wollte gar nicht mehr antreten und führte auch keinen Koalitionswahlkampf. Zahlreiche solcher Paradoxien hatten durchaus den Lerneffekt, dass viele Wähler diesmal zuhause blieben. Auch die Parteien haben durch den Koalitionsmarkt gelernt, sich angesichts von Koalitions-Lotterien vager auszudrücken. Eine Regierung, die nur durch Wortbruch der Koalitionsaussage zustande gekommen wäre, galt als unwahrscheinlich. Die Wähler lernten mithin, dass ihr Einfluss auf die konkrete Regierungsbildung immer geringer wird. Das gilt vor allem für die fast zeitgleich stattfindenden Landtagswahlen, die nach wochenlangen Verhandlungen zu überraschend bunten Koalitionen führten. Lerntheoretisch besteht die Möglichkeit, dass politische Präferenzen sich ändern und somit Handlungsoptionen für aktive Veränderungen entstehen. Die Bedingung dafür lautet, dass auch neue Deutungen und Ideen zur Verfü-

gung stehen. Komplexes Lernen setzt voraus, dass entweder externe Ereignisse schockartig die Veränderungen beschleunigen oder aber, dass Policy Broker die neuen Deutungen und Ideen kraftvoll strategisch einsetzen. Solche Policy Broker können Grenzstellen-Akteure zwischen verschiedenen Arenen oder Machtmakler sein (vgl. Grundon 2009). Sie sind die Begleiter des Wandels, sie kreieren neue Zielbilder, sie entwickeln übergeordnete neue Narrative. Ein ideenpolitischer Perspektivwechsel kann unter diesen Bedingungen strategisch – und langfristig – zu einer neuen Koalition führen. Welche übergeordneten Ziele in welcher neuen Wortpolitik könnten das sein? Meines Erachtens würde sich das Beispiel von generationengerechtem, ressourcenschonendem Wachstum dazu eignen.

3 Verhandlungs-Strategien

Die Verhandlungstheorien enthalten ein Set von Indikatoren, die für das Gelingen von Verhandlungen verantwortlich sind (vgl. Benz 2007; Grasselt/Korte 2007). Unter verhandlungsstrategischen Aspekten können die Instrumente und Techniken, Machtarrangements und Präferenzsysteme zum Erfolg führen. Ebenso wichtig ist jedoch der personale Faktor. Personen machen auch unter verhandlungsstrategischen Gesichtspunkten einen Unterschied. Es ist dann weniger die Logik von Lagern oder Problemen, die zu einer potenziellen Koalition führt, sondern das personale Arrangement der Spitzenakteure. Dabei dreht es sich nicht um Grade von Sympathiewogen. Vielmehr stehen die zentralen politischen Ressourcen im Zentrum: Vertrauen, Ver-



lässlichkeit, Werteshätzung, Integrität, Respekt. Viele der Koalitionsbildungen der letzten Monate, vor allem auf Länderebene, sind ohne diesen so zugespitzten verhandlungsstrategischen Hintergrund nicht erklärbar. Die Namen Hubert Ulrich (Grüne), Oskar Lafontaine (Die Linke), Christoph Matschie (SPD) stehen dabei stellvertretend für Verhandlungsspielräume, die sich erweiterten bzw. verengten, weil sie mit diesen Personen existenziell und individuell verknüpft waren. Insofern gründet dieser strategische Koalitions-Kontext nicht primär auf gemeinsamen Interessen oder Ideen, sondern auf Personen, die sich trauen und deshalb eine gemeinsame politische Zukunft anstreben.

Die Konturen des Neuen sind im Ergebnis der Bundestagswahl von 2009 bereits angelegt. Neue zukünftige Koalitionen auf dem Koalitionsmarkt könnten sich entlang von Machtwechsel-, Lern- und Verhandlungsstrategien entfalten. Macht und Interesse, Deutungen und Ideen sowie Personen und Vertrauen bleiben dabei die wichtigsten Kategorien.

Karl-Rudolf Korte ist Professor für Politikwissenschaft und Direktor der NRW School of Governance an der Universität Duisburg-Essen.

Literatur

Bandelow, Niels C. 2009: Politisches Lernen. In: Schubert, Klaus/Bandelow, Niels C. (Hg.): Lehrbuch der Politikfeldanalyse 2.0. München, 313-346.

Benz, Arthur 2007: Verhandlungen. In: Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Sehimank, Uwe/Simons, Georg (Hg.): Handbuch Governance. Wiesbaden, 106-118.

Decker, Frank 2009: Koalitionsaussagen der Parteien vor Wahlen. Eine Forschungsskizze im Kontext des deutschen Regierungssystems. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), Jg. 49, Heft 2/2009, 431-453.

Grasselt, Nico/Korte, Karl-Rudolf 2007: Führung in Politik und Wirtschaft. Wiesbaden.

Grundon, Timo 2009: Politikberatung im Innenhof der Macht. Zu Einfluss und Funktion der persönlichen Berater deutscher Ministerpräsidenten. Wiesbaden.

Korte, Karl-Rudolf 2010 (Hg.): Die Bundestagswahl 2009. Wiesbaden (i.E.).

Korte, Karl-Rudolf 2009: Neue Qualität des Parteienwettbewerbs im Superwahljahr. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 38/2009, 3-8.

Korte, Karl-Rudolf 2008: Die Konsensmaschine stottert, in: Die Zeit, Nr.43/2008.

Korte, Karl-Rudolf/Fröhlich, Manuel 2009: Politik und Regieren in Deutschland. 3. Auflage. Paderborn.

Mielke, Gerd/Eith, Ulrich 2008: Im Versuchslabor. Der Strukturwandel des deutschen Parteiensystems. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 4/2008, 94-103.

Niedermaier, Oskar 2007: Die Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems. In: Decker, Frank/Neu, Viola (Hg.): Handbuch der deutschen Parteien. Wiesbaden, 114-135.

Nullmeier, Frank 2003: Mikro-Policy-Analyse. Frankfurt/Main.